



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Soziales und Gesundheit
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-4554
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Dietmar Weinert

Wiesbaden, 1.11.2012

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Soziales und Gesundheit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Soziales und Gesundheit
am Mittwoch, 07. November 2012, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen vom 22.8.2012, 19.9.2012 und 4.10.2012
2. 12-F-08-0112

Bezuschussung der Elternbeiträge für die Schulkinderbetreuung an Grundschulen (Elternvereine und "Dritte Säule")
- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 4.10.2012 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

wie viele Anträge auf Gebührenbefreiung und Geschwisterbeitragsreduzierung zu den Elternbeiträgen für die Schulkinderbetreuung an Grundschulen seit dem 1.1.2012 gestellt wurden und wie mit diesen verfahren wurde.

3. 12-F-05-0010

Haus des Jugendrechts

- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 22.10.2012 -

Das Haus des Jugendrechts nahm am 10. Dezember 2010 als erstes seiner Art im Bundesland Hessen seine Tätigkeit auf. Es führt als behördenübergreifende Einrichtung alle am Jugendstrafverfahren beteiligten Institutionen unter einem Dach zusammen. Zielsetzung ist ein abgestimmtes und schnelles Reagieren auf strafbares Verhalten junger Menschen. Zielgruppe sind junge Menschen, die bereits mehrfach strafrechtlich in Erscheinung getreten sind, bei denen das Risiko weiterer Delinquenz gesehen wird und deren weitere Entwicklung von den beteiligten Institutionen als problematisch angesehen wird. Bei den beteiligten Institutionen handelt es sich um Polizei (hierunter die auf Jugendkriminalität spezialisierte AG Jaguar), Staatsanwaltschaft, Jugendrichter und Sozialarbeiter.

Der Ausschuss für Soziales und Gesundheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten, ob seit Betrieb der Einrichtung „Haus des Jugendrechts“ die angestrebten Ziele erreicht werden konnten.

Insbesondere ist darüber zu berichten:

1. Wie viele Fälle sind bisher zum Abschluss gebracht worden bzw. befinden sich in Bearbeitung?
2. Wieviel Zeit vergeht in der Regel bis ein Verfahren abgeschlossen ist?
3. Werden die Mitarbeiter des Amtes für Soziale Arbeit im Sinne des § 38 JGG geschult, d.h. sind sie in der Lage, die jeweiligen erzieherischen, sozialen und fürsorglichen Gesichtspunkte in das Verfahren einzubringen?
4. Wenn ja, werden die gewonnenen Erkenntnisse in das Verfahren eingebracht und verwertet?
5. Wie wird die Zusammenarbeit der verschiedenen Institutionen vom Amt für Soziale Arbeit eingeschätzt? Gibt es von dieser Seite Verbesserungsvorschläge?
6. Lässt sich die Kooperation der beteiligten Institutionen im Hinblick auf eine „gerechte“ Beurteilung der Jugendlichen als erfolgreich bezeichnen, insbesondere im Hinblick auf den Austausch der gewonnenen Erkenntnisse/Informationen?

4. 12-F-33-0113

Platzvergabe für u3-Kinder in Kindertagesstätten
- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 30.10.2012 -

Obwohl die LH Wiesbaden bis zur gesetzlichen Frist im August 2013 die bundesweite Versorgungsquote in Höhe von 35 % erfüllen wird, sind und bleiben Plätze in Krippen knapp. Aus dieser Erkenntnis heraus hat die StVV die Wiesbadener Quote i. H. v. 48 % beschlossen.

Anders als im (fast) bedarfsgerecht ausgestatteten Elementarbereich (3 - 6 Jahre) bestehen also bis auf weiteres in der u3-Versorgung Engpässe, die zu teilweise erheblichen Wartezeiten für Eltern und Kinder führen.

Vor diesem Hintergrund erregen in der Öffentlichkeit, in der regionalen und der bundesweiten Presse Berichte und Forderungen besondere Aufmerksamkeit, die eine „Zentrale Vormerkung“, „Zentrale Vergabe“ oder „Zentrale Anmeldung“ für Krippenplätze zum Inhalt haben.

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Welche zentrale Vormerk-, Anmelde- oder Vergabesysteme gibt es und wie werden sie beurteilt?
2. Worin unterscheiden sich diese Verfahren vom Wiesbadener Informations- und Platzvormerkssystem?
3. Welche Möglichkeiten sieht der Magistrat, die Wiesbadener Praxis der Vormerkung, Anmeldung und Vergabe bei Plätzen im Krippenbereich zu verbessern und welche Vorteile wären damit ggf. verbunden?

5. 12-F-33-0114

Pflegestützpunkt Wiesbaden
- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 30.10.2012 -

Durch das Pflegereformgesetz 2008 haben Empfänger und Antragsteller von Pflegeleistungen seit 2009 einen Rechtsanspruch auf umfassende Beratung. Diesen können sie in Pflegestützpunkten wahrnehmen. Grundlage für die Errichtung der Pflegestützpunkte ist der am 1. Juli 2008 in Kraft getretene § 92c des SGB XI im Rahmen des Pflege-Weiterentwicklungsgesetzes. Die Einrichtungen sollen allen Pflegeversicherten helfen, Lösungen zu finden, um solange wie möglich zuhause wohnen zu können. Sie sollen aber auch Rat geben, wenn es um die Suche nach dem richtigen Heim geht und eine erste Anlaufstelle bei plötzlicher oder sich anbahnender Pflegebedürftigkeit sein. Mit Beschluss Nr. 0551 vom 19.12.2009 hatte das Stadtparlament beschlossen, den Pflegestützpunkt in Wiesbaden so zu konzipieren, dass er hilfs- und pflegebedürftigen Menschen zwischen Jugend- und Altenhilfe (25-60jährigen) zugute kommt.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten

1. Wie konnte der zum 1.7.2010 eröffnete Pflegestützpunkt in die vorhandenen Beratungsstrukturen eingebunden werden?
2. Wie funktioniert die Arbeitsteilung zwischen den bereits vorher existierenden „Beratungsstellen für selbständiges Leben im Alter“ und dem Pflegestützpunkt?
3. Hat sich die klare Abgrenzung der Zielgruppen bewährt?
4. Ist geplant den mittlerweile vorliegenden ersten Erfahrungsbericht über 2011 hinaus fortzuschreiben?

6. 12-F-08-0113

Berufsbetreuung in Wiesbaden

- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 30.10.2012 -

Das Amt für soziale Arbeit leistet die fachliche Qualifizierung jener Personen, die Berufsbetreuer werden wollen. Neueinsteiger und "alte Häs_innen" können sich in fachlichen Fragen auch jederzeit an die Betreuungsstelle wenden. Wie in jedem Beruf, bei dem mensch beruflich mit den Sorgen und Nöten anderer Menschen in Berührung kommt, ergeben sich jedoch oft auch psychosoziale Belastungen aus diesen Tätigkeiten, für die es in Wiesbaden, anders als in anderen Städten, derzeit noch keine Anlaufstelle gibt. Wer mit den Belastungen alleine nicht fertig wird läuft Gefahr, die Tätigkeit früher oder später wieder an den Nagel zu hängen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. wie viele Menschen durch das Amt für soziale Arbeit in den letzten drei Jahren zu Berufsbetreuer_innen ausgebildet wurden;
2. wie viele Personen aus dieser Tätigkeit im Laufe der Zeit ausgestiegen sind, und ob deren Gründe zur Aufgabe der Tätigkeit bekannt sind;
3. ob diese Problematik bereits Gegenstand von Überlegungen zur Einführung einer Supervision oder einer anderen psychosozialen Beratungsmöglichkeit war;
4. ob Kooperationen mit Einrichtungen mit Berufsfeldern mit ähnlichen psychosozialen Belastungen möglich wären.

7. 12-F-33-0116

Verbesserte Verselbständigung der jungen Volljährigen
- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 29.10.2012 -

Vorbemerkung:

Laut der 148. Vergleichenden Prüfung „Erziehungshilfen“ des Hessischen Rechnungshofes nimmt Wiesbaden bei dem Anteil stationärer Unterbringung junger Volljähriger an der Zahl der familienersetzenden Fälle (inkl. Zahlfälle) mit 21 % den Spitzenwert der verglichenen Kommunen ein. Selbstverständlich sind die Entscheidungen über die Dauer der Hilfen im Interesse des jungen Menschen zu treffen. Aber einerseits sollte ein Verselbständigungsprozess angestrebt werden, der möglichst bis zum Erreichen der Altersgrenze von 21 Jahren abgeschlossen sein sollte (z.B. durch Überleitung in Wohngruppen oder betreutes Wohnen), da die dann greifenden Hilfesysteme des SGB II und des SGB XII nicht im selben Umfang individuelle Hilfen gewähren können; während andererseits *„Freie Träger nicht unbedingt ein großes Interesse daran haben, die Hilfen so früh wie möglich zu beenden“* (S.36).

Der Ausschuss für Soziales und Gesundheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. wie hoch der Anteil junger Volljähriger in einer Heimeinrichtung sind an allen familienersetzenden Fällen;
2. nach welcher durchschnittlichen Aufenthaltsdauer bzw. mit welchem Durchschnittsalter eine Überleitung in Wohngruppen oder betreutes Wohnen erfolgt;
3. in welcher Form die Zielformulierung und das Prozess-Controlling für die Verselbständigung der jungen Volljährigen erfolgt.

8. 12-F-03-0144

Bericht zum Hygienestandard bei HSK Kliniken
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29.10.2012 -

Zur Verhütung und Bekämpfung krankenhausessoziierter Erkrankungen sind bei der Reinigung in Krankenhäusern höchste Anforderungen an Hygienestandards notwendig. Dennoch werden gerade in diesem Bereich oftmals hausintern erhebliche Einsparungen vorgenommen. Dies geht leider oft zu Lasten der Sauberkeit und Hygiene in den Stationen. Aktuelle Fälle im ganzen Bundesgebiet belegen dies.

Der Ausschuss möge deshalb beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Trifft es zu, dass im Bereich der Reinigung durch die HSK Service GmbH vermehrt auf Leihpersonal von Drittfirmen zurückgegriffen wird.
2. Durch Arbeitsverdichtung, fehlenden Einarbeitungszeiten und der Nichtklärung von Zuständigkeitsbereichen werden seitens der Reinigungs- und Pflegekräfte Mängel in der Durchführung der Reinigungstätigkeiten beklagt.
 - a) In welchem Umfang werden Pflegekräfte mit Reinigungsaufgaben in den Stationen beauftragt?
 - b) Nach welchen Hygienestandards und nach welchen hausinternen Hygienekonzepten werden Reinigungs- und Desinfektionsmaßnahmen in Stationen etc. in den HSK Kliniken durchgeführt?

9. 12-F-03-0145

Bericht zum künftigen Tagesbetrieb der Kita Geschwister-Stock-Platz
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30.10.2012 -

Mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0467 wurde das weitere Vorgehen für den Neubau der Rhein-Main-Hallen festgelegt. Die derzeit auf dem Gelände der Rhein Main Halle in einem Provisorium untergebrachte Kita Geschwister-Stock-Platz soll nach diesen Festlegungen in dem Neubau der Rhein Main Halle untergebracht werden. Ein Konzept, wie der Kita-Betrieb während der Bauphase ungestört aufrecht erhalten werden kann, wurde seinerzeit nicht vorgestellt. Nach unserer Einschätzung ist es weder den Kindern noch Erzieherinnen und Erziehern oder den Eltern zuzumuten, während der Bauphase der Rhein Main Halle auf dem Gelände der Rhein Main Halle im derzeitigen Provisorium zu verbleiben.

Der Ausschuss möge deshalb beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

Wie wird der Magistrat sicherstellen, dass der Tagesbetrieb der Kita Geschwister Stock Platz während der Bauphase der Rhein-Main-Halle ungestört aufrecht erhalten bleiben kann.

10. 12-F-03-0146

Bericht zum Sachstand Hortplatzschließung
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30.10.2012 -

Die Stadt hat mit der Umsetzung dreier Pilotprojekte zur Schließung der Hortgruppen in den Kindertagesstätten und deren Verlagerung in Betreuungseinrichtungen an den Grundschulen (1. und 3. Säule) in Bierstadt, Nordenstadt und Klarenthal begonnen. Dadurch ist in der Öffentlichkeit deutlich wahrnehmbar, dass das Konzept so nicht umsetzbar ist und auf großen Widerstand stößt.

Die Schulkinder besuchen die Einrichtungen i.d.R. schon seit Jahren, manche seit dem 1. Lebensjahr, und fühlen sich dort geborgen. Vertrauensverhältnisse sind gewachsen; Sie fühlen sich wie zuhause; ein Abschied fällt schwer. Die Eltern wissen die Qualität der Betreuung sowie die Betreuungssicherheit zu schätzen und möchten ihre Verträge mit der Stadt keinesfalls gekündigt oder aufgehoben wissen.

Auch die ErzieherInnen der Schulkinder in den Kindertagesstätten leisten eine sehr gute Arbeit, halten es für pädagogisch sinnvoll mit den Kindern.

Zudem wird immer klarer, dass insbesondere die Eltern- und Fördervereine (1. Säule) aber auch die freien Träger unter städtischer Regie (3. Säule) mit einer so kurzfristigen Überlassung so vieler Schulkinder aus den Kindertagesstätten überfordert sind.

Exemplarisch verwiesen wird auf das Schreiben des Stadt Elternbeirats vom 15.12.2011 und auf die Mitteilung, dass der Eltern-/Förderverein der Grundschule Bierstadt aus dem Pilotprojekt aussteigt.

Um über die Vorgehensweise und den Verlauf der Hortschließungen mehr zu erfahren möge der Ausschuss beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. a) Was sind die einzelnen Kriterien für die Auswahl der Pilotstandorte und ggf. weiterer Standorte für Hortschließungen?
b) Wie werden die Kriterien jeweils gewichtet?
c) Gibt es ggf. eine Prioritätenliste für weitere Hortschließungen?
2. Welche Konsequenzen werden aus den Umsetzungsproblemen bei den Pilotstandorten Bierstadt, Nordenstadt und Klarenthal gezogen?

11. 12-F-33-0044

ANLAGE

Sozialpädagogisches Konzept Kulturpark
- *Bericht des Dezernates VII vom 20.9.2012* -

12. 12-F-33-0079

ANLAGE

Mindestverordnung
- *Beschluss des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 19.9.2012* -

13. 12-F-33-0072

ANLAGE

Optimierung der Adoptionsvermittlung
- *Beschluss des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 19.9.2012* -

14. 12-F-33-0088

ANLAGE

Übergangsregelung Asylbewerberleistungen
- *Beschluss des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 19.9.2012* -

15. 12-A-50-0001

Aktuelle Entwicklungen im Sozial- und Gesundheitsbereich

16. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 08-V-51-0071

ANLAGE

Verwendung anteiliger Spielbankmittel (Tronc) für den Bereich Soziales
- Anträge III. Quartal 2012 -

2. 12-V-51-0039

DL 38/12-7

Neubau Kindertagesstätte Künstlerviertel/Deckung aus Dezernatsbudget

3. 12-V-51-0040

DL 38/12-8

Erhöhung von Leistungsentgelten in Kindertagesstätten;
Freigabe von Mitteln aus der Risikovorsorge für beschlossene und abschließend verhandelte
Maßnahmen

4. 12-V-51-0055

DL 39/12-3

Bericht zur Gewährung von SGB XII-Leistungen in Wiesbaden 2011

5. 12-V-51-0059

DL 41/12-6

U3-Ausbauprogramm 48; Schaffung von 90 zusätzlichen Krippenplätzen durch den Träger
Terminal for Kids gGmbH am Standort Justizverwaltungszenrum

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der
Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungs-
punkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Ulrich Weinerth
Vorsitzender